



CeBIT: Bundesinnenminister Thomas de Maizière zu Besuch bei der AKDB
ab Seite 14

Innovation großgeschrieben

Smartphone-Biometrie – Einsatz für Behördenzwecke sinnvoll?

Schwerpunkt: Innovationen – davon profitieren Kommunen und Bürger | ab Seite 8

Recht & Verwaltung: Neues zum Bundesmeldegesetz | Seite 22

Mit elektronischen Workflows in die Zukunft | Seite 28



Liebe Leserinnen und Leser,

die digitale Revolution ist in vollem Gange: Apple trifft Vorbereitungen, per Fingerabdruck-Scan ein globales Bezahlungssystem zu etablieren. Google sichert sich mit dem Kauf von Nest Labs den Einzug in Privathaushalte und Amazon bietet mit dem »Mayday«-Knopf auf seinen neuen Kindle-Modellen einen 24-Stunden-Kundendienst per Videochat. Der Amazon-Servicemitarbeiter kann unter anderem Erläuterungen auf das Display des Kunden zeichnen und damit Funktionen erklären.

Einkaufen per Zeigefinger, Thermostatregelung per Smartphone und Kundendienst per Videochat am Tablet-PC – sieht so die digitale Dienstleistungswelt von morgen aus? Und: Welchen Einfluss hat der Siegeszug mobiler Endgeräte auf Verwaltungs- und Serviceangebote der Kommunen? Diese spannenden Fragen diskutierten leitende Verwaltungskräfte auf dem ersten AKDB-Kunden-Innovationsforum zum Thema »eGovernment & Online-Bürgerdienste« (Seite 12).

Die aktuelle Report-Ausgabe legt den Schwerpunkt deshalb auf »Innovationen«. Wir berichten unter anderem über die wichtigsten Trends auf der CeBIT sowie über Pro und Contra mobiler Authentifizierungsverfahren. Auch viele AKDB-Fachverfahren warten mit einem neu entwickelten technologischen Anwendungsrahmen und nützlichen Funktionen auf: integrierte Anwendungen und ein einheitliches Bedienkonzept unabhängig von Verfahren und Arbeitsplatz. Wir werfen einen ersten Blick auf die neue Produktgeneration.

Inwieweit neue Online-Technologien auch Auswirkung auf die Verwaltung haben, lässt sich im Einzelfall nur schwer vorhersehen. Die Kunden der Verwaltung seien gleichzeitig die Kunden von Apple, Amazon & Co. und hätten demzufolge auch eine gewisse Erwartungshaltung, so eine Äußerung auf dem AKDB-Kunden-Innovationsforum. Aber auch etwas anderes wurde deutlich: Verwaltungen wollen trotz aller Technologie immer noch persönlich für den Bürger da sein und so den Spagat zwischen persönlich gelebter Bürgernähe und Online-Dienstangebot meistern. Menschliche Beziehungspflege ist eben analog. Und das ist auch gut so.

Viel Spaß beim Lesen unserer Innovationsausgabe!

Wolfram Weisse
Leiter Kommunikation und Marktentwicklung



eGovernment nimmt Fahrt auf

Im Beisein hochrangiger Gäste präsentierten die AKDB und ihre Partner auf der CeBIT unter anderem die Ausweis-Auskunft, das eMandat für SEPA und neue Dienste für das Bürgerservice-Portal.

[ab Seite 14](#)

Biometrische Erkennung bei Smartphones

Der IT-Sicherheitsexperte der Antago GmbH, Mark Semmler, beleuchtet in diesem Report kritisch die neuen Möglichkeiten der mobilen Authentifizierung.

[Seite 16](#)



Ratsinformationssystem im Landratsamt Fürth

Yvonne Greger, für den Sitzungsdienst beim Landratsamt Fürth verantwortlich, im Interview über Zeit- und Kostenersparnisse nach der Einführung von Session.

[Seite 24](#)

Schwerpunkt

(R)evolution im Kfz-Zulassungswesen:	
von OK.VORFAHRT zu OK.VERKEHR	8
OK.JUS im Piloteinsatz beim LRA Cham	10
Premiere des	
AKDB-Kunden-Innovationsforums	12
CeBIT: Fortschritte im eGovernment	14
Biometrische Verfahren in Smartphones	16
Wasserzählerwechsel-App:	
Neues Feature in der Finanzsoftware	19

Kurz & aktuell

Arbeitskreis Versorgungsunternehmen	4
Kommunen wählen OK.WAHL	4
SEPA: Start geglückt!	5
Familien schnell und flexibel informieren	5
MIL@pp und Bürgerservice-Portal	
beim IT-Planungsrat	6
Erfolgreiche Ausschreibungen	6
Imageumfrage: Zufriedene AKDB-Kunden	7
De-Mail-Angebot für bayerische Kommunen	7

Recht & Verwaltung

Einführung von ALKIS® bei der	
bayerischen Vermessungsverwaltung	20
Neues Bundesmeldegesetz:	
Alle kommunalen IT-Potenziale nutzen	22

Kunden & Lösungen

Wirtschaftliche Kindergeldbearbeitung	23
Ratsinformationssysteme	
im Landratsamt Fürth	24
Sicheres Enterprise-WLAN	25
Betriebliches Eingliederungsmanagement	
mit OK.PWS	26
Verwaltungsmodernisierung:	
Mit elektronischen Workflows in die Zukunft	28

Nachgefragt

Interview mit Rosalie Hofbauer	30
--------------------------------	----

Vorschau

Themen der Reportausgabe 03 2014	31
------------------------------------	----

Rechenzentrum immer beliebter

Arbeitskreis Versorgungsunternehmen

Seit nunmehr 30 Jahren ist er eine feste Institution – der AKDB-Arbeitskreis Versorgungsunternehmen. In der Geschäftsstelle Niederbayern in Landshut kamen auch in diesem Frühjahr über 50 Teilnehmer aus ganz Bayern zu dieser Informationsveranstaltung zusammen.

Quo vadis Erneuerbare-Energien-Gesetz? Wie bestehen wir neue Herausforderungen in Sachen Direktvermarktung und Einspeiserprozesse?

Fragen, die im Forum heftig diskutiert wurden und auf die das neue Produkt Schleupen.CS.EEG auch gleich Antworten lieferte. Die AKDB-Tochter LivingData

GmbH stellte bei der Veranstaltung einen Leitfaden für die Umstellung auf neue Windows-Versionen vor, sodass die Versorgungsunternehmen termingerecht mit den neuen Programmen arbeiten können.

Was sich bei dieser Gelegenheit wieder zeigte: Das AKDB-Service-Rechenzentrum erfreut sich großer Beliebtheit, garantiert es doch den neusten Programmstand sowie aktuelle Konzepte zu den Themen Datenschutz und Datensicherheit. Das Rechenzentrum erweitert mit Workflow-Modulen wie Posteingang und Rechnungseingangsbuch sein Produkt- und Service-Angebot, nutzbar für alle Anwender – unabhängig davon, ob



sie das Finanzwesen dezentral oder zentral nutzen. Weitere Themen waren die »Elektronische Bilanz«, das Schulungsangebot 2014 sowie das neue Preismodell »Flatrate«.

Gelungener Verlauf der Kommunalwahlen

Kommunen wählen OK.WAHL

Nach dem gelungenen Verlauf der Herbst-Wahlen konnten die Kunden der AKDB auch die bayerischen Kommunalwahlen gut und zuverlässig durchführen. OK.EWO und OK.WAHL boten den Kommunen dabei eine effektive Unterstützung.

Von der Wahlvorbereitung bis hin zur Wahlauswertung und zur schnellen und ansprechenden Präsentation der Wahlergebnisse: Die OK.WAHL-Kunden konnten sich auch bei der Kommunalwahl sicher fühlen. Bei der Auszählung bewährten sich einmal mehr die Barcode-Lesestifte, die im Vergleich zur manuellen Auszählung die Sicherheit erhöhen und die Auszählung erheblich beschleunigen. Über 1.000 Kommunen nutzten insgesamt über 15.000 Barcode-Lesestifte. 2.100 Teilnehmer der insgesamt über

1.000 bayerischen OK.WAHL-Kunden hatten im Vorfeld der Kommunalwahlen Präsenzs Schulungen in den AKDB-Schulungszentren besucht. Die Wahlämter konnten auch ein unentgeltliches E-Learning-Modul nutzen.

Die AKDB druckte zur Entlastung ihrer Kunden etwa fünf Millionen Wahlbenachrichtigungskarten in ihrem Service-Rechenzentrum. Die Wahlbenachrichtigungskarten konnten auf Wunsch der Kunden mit einem QR-Code zur komfortablen Beantragung der Briefwahlunterlagen per Smartphone versehen werden. Eine effiziente Organisation der Wahlhelfer und der Wahlvorstände ermöglichte die erstmals bei Kommunalwahlen zum Einsatz ge-



Barcode-Lesestifte sind bei über 1.000 Kommunen in Bayern erfolgreich im Einsatz.

kommene Wahlhelferverwaltung. Inzwischen haben sich schon über 210 Neukunden für dieses praktische und zeitsparende Modul entschieden.

Nach umfangreichen Vorbereitungen

SEPA: Start geglückt



Am 1. Februar 2014 war es schließlich so weit: Nach langem Anlauf voller Herausforderungen, verschiedene Vorbereitungen bei AKDB-Kunden liefen über drei Jahre, fiel der Startschuss für den einheitlichen EURO-Zahlungsverkehrsraum.

Die EU verlängerte zwar kurz vor dem Termin überraschend die Übergangsfrist für das neue Zahlungssystem um sechs Monate, doch der überwiegende Anteil der AKDB-Kunden war bereits fit für SEPA und konnte sofort starten. Der Steuertermin, also der Termin, zu dem

Steuern und Abgaben fällig werden, war für alle gut vorbereiteten Kunden der AKDB-Finanzverfahren keine große Herausforderung, sondern eher »business as usual«. Gratulation an alle Kunden zum gelungenen Umzug in den einheitlichen EURO-Zahlungsverkehrsraum!

Versand von Elternbriefen

Familien schnell und flexibel informieren



Familien erhalten Informationen zur Erziehungsförderung jetzt noch einfacher durch die Elternbriefe des Bayerischen Landesjugendamtes.

Meldebehörden übermitteln dem örtlich zuständigen Jugendamt einmal monatlich die Daten Neugeborener, Änderungen des Wohnorts sowie Sterbefälle von Kindern bis zum 14. Lebensjahr. Dies ist nach Änderung der Meldedatenverordnung gemäß § 13a MeldeDV gesetzlich geregelt.

Jugendämter dürfen diese Daten verwenden, um Eltern oder gesetzlichen Vertretern Leistungen und Informationen zur familiären Erziehungsförderung anzubieten. Im Rahmen der Familienbildung übernehmen Jugendämter in Bayern die Aufgabe, altersstufenbezogene Elternbriefe zu versenden. Die

Führung des Adressdatenbestandes von Kindern und ihrer gesetzlichen Vertreter eines Landkreises bzw. einer kreisfreien Stadt sowie die Erstellung von Adresslisten liegen damit ebenfalls beim jeweiligen Jugendamt.

Ein neu konzipiertes Modul in der Jugendhilfe-Software OK.JUG unterstützt die komfortable Verwaltung der Daten. Es importiert die von den Einwohnermeldeämtern gelieferten Daten und aktualisiert geänderte Datensätze automatisch. Die Daten lassen sich nach verschiedenen Kriterien wie Gemeindeschlüssel, Art der Adressänderung oder Geburtsdatum selektieren. Auch manuelle Änderungen sind erfassbar, zum Beispiel wenn Eltern

keinen Elternbrief erhalten wollen. Selektierte Daten können exportiert und für die Erstellung von Anschreiben verwendet werden. Das neue Modul nutzt sämtliche Vorteile von OK.JUG: Benutzerverwaltung, Datenhaltung in einer professionellen Datenbank sowie Update- und Pflegefähigkeit bei gesetzlichen und technischen Änderungen. Die Daten der Jugendhilfe werden streng getrennt geführt. Der Adressdatenbestand kann über den Zentralversand der Elternbriefe hinaus selbstverständlich auch für den Versand weiterer Angebote und Informationen im Bereich Familienbildung genutzt werden. Das neue OK.JUG-Modul steht allen Kunden seit erstem Quartal 2014 zur Verfügung.

MIL@pp und Bürgerservice-Portal beim IT-Planungsrat

Im April fand in Stuttgart der zweite Fachkongress des IT-Planungsrats statt. Über 400 kommunalen Vertretern bot sich in Foren, Workshops und in einer umfangreichen Ausstellung die Gelegenheit, sich rund um die Trendthemen Mobile Anwendungen und eGovernment auszutauschen.

»In drei Stationen zur Umsetzung des E-Government-Gesetzes«: Das war das Motto eines von Vertretern des Bundesinnenministeriums und der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen IT-Dienstleister Vitako moderierten Workshops zur aktuellen Umsetzung des E-Government-Gesetzes. Das gemeinsam mit der Landeshauptstadt München präsentierte Bürgerservice-Portal der AKDB mit seinen verschiedenen Online-Services bot hierbei ein gelungenes Best-Practice-Beispiel. Teilnehmer diskutierten unter anderem über ihre Erfahrungen mit Bürgerkonto, Postkorb und ePayment im Rahmen der Online-Angebote.

Neues auch zum Thema »Mobilität kennt keine Grenzen«: Die AKDB stellte zusammen mit dem Landratsamt Miltenberg die »MIL@pp« vor und damit Konzept und Inhalte dieser App. Zahlreiche Zuhörer konnten sich in der Diskussion davon überzeugen, dass diese Lösung auch für viele weitere Landkreise und Kommunen bundesweit passend ist. Die MIL@pp fasst die Kommunen des Landkreises in einer App zusammen, ohne ihnen Eigenständigkeit und Individualität zu nehmen. Dieses Angebot macht an den Grenzen der Gemeinden nicht halt, sondern vereint Informationen und Services für Einheimische und Urlaubsgäste im gesamten Landkreis.



Die Miltenberg-App steht im App Store (QR-Code links) und im Google Play Store zum Download bereit.



Stefan Walter, E-Government Landkreis Miltenberg, und Nicoletta Bauer, Leiterin Technisches Marketing (AKDB)



Diskutierten die aktuelle Umsetzung des E-Government-Gesetzes (von links): Wolfgang Glock (Landeshauptstadt München), Dr. Marianne Wulff (Vitako), Clemens Krüger (AKDB), Peter Onderscheka (Landeshauptstadt München), Anke Otto und Dr. Tanja Laier (beide Bundesinnenministerium)

Landesmelderegister in Niedersachsen und Brandenburg, EinsA in München

Erfolge bei Ausschreibungen

Nachdem sich die Landeshauptstadt München in ihrer Ausschreibung des Einwohnerverfahrens für OK.EWO entschieden hatte, war die AKDB inzwischen auch bei weiteren Ausschreibungen erfolgreich.

Die Stadt München suchte ein Staatsangehörigkeitsverfahren und entschied sich für die Software EinsA. Maßgeblich für den Zuschlag waren der fachliche und technische Qualitätsstandard von EinsA sowie das offensichtlich wirt-

schaftlichste Angebot. Nun können beim Kunden in einem optimal abgestimmten Einführungsprozess beide Fachverfahren, OK.EWO und EinsA, zwischen denen fachliche Anknüpfungspunkte bestehen, implementiert werden.

Einen weiteren Erfolg verbuchte die AKDB im Bundesland Niedersachsen. Dort beteiligte sich die AKDB in einer Bietergemeinschaft mit dem IT-Dienstleister GovConnect GmbH an der Ausschreibung des Landes Niedersachsen

zur Einführung eines Landesmelderegisters. Dieses Register ermöglicht es den Behörden, online Melderegisterauskünfte einzuholen.

Zur Entscheidung Niedersachsens trug maßgeblich bei, dass die AKDB mit dem Bayerischen Behördeninformationssystem BayBIS ein Referenzprojekt präsentieren kann, das bundesweit Beachtung gefunden hat. Dies gab ebenfalls den Ausschlag für den Zuschlag zur Errichtung des Melderegisters in Brandenburg.

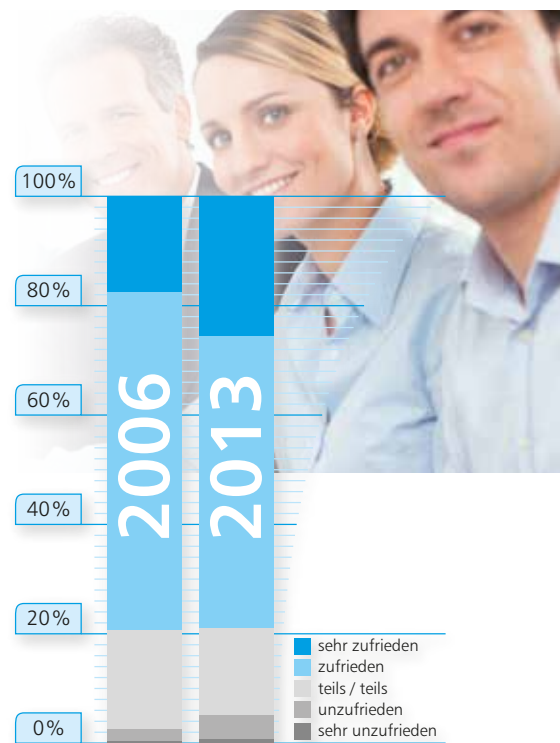
Imageumfrage

Hohe Fachkompetenz sorgt für zufriedene AKDB-Kunden

Die jüngste Imageumfrage unter bayerischen AKDB-Kunden bestätigt eine sehr hohe Gesamtzufriedenheit und gute Noten in Sachen Datensicherheit, Fachkompetenz und Zuverlässigkeit.

Fast 80 Prozent der Kunden sind mit der AKDB zufrieden. Der Anteil der sehr zufriedenen Kunden erhöht sich im Vergleich zu 2006 sogar nochmals um acht Prozentpunkte. Hinsichtlich Weiterempfehlung als IT-Partner erzielt die AKDB sehr gute Werte: Fast 90 Prozent würden die AKDB uneingeschränkt weiterempfehlen, ähnlich groß ist der Anteil derer, die erneut mit der AKDB zusammenarbeiten würden. Die Umfrage fand im vierten Quartal 2013 statt und wurde durch ein unabhängiges Marktforschungsinstitut bei etwa 7.600 Personen durchgeführt, darunter Landräte, Ober-

bürgermeister, Bürgermeister, Geschäfts-, Amts- und Sachgebietsleiter, IT-Leiter, Kämmerer, Finanzverwalter und Sachbearbeiter. Das Ergebnis beweist, dass die AKDB als professioneller IT-Partner wahrgenommen wird, dem man vor allem eine hohe Fachkompetenz und Zuverlässigkeit attestiert. Die Umfrage untermauert zudem den hohen Stellenwert der AKDB beim Datenschutz. Knapp 95 Prozent der Befragten sind davon überzeugt, dass die AKDB höchste Datensicherheit garantiert. Die Mitarbeiter werden von den Kunden als freundlich und hilfsbereit beurteilt. Eine spezielle Frage galt dem bevorzugten Informationsmedium, über das sich AKDB-Kunden über Trends und Produkte informieren. Hier stehen besonders Schulungen zu den eingesetzten Verfahren und Lösungen hoch in der Gunst der Teilnehmer.



Günstige Konditionen für bayerische Kommunen

De-Mail-Angebot für alle bayerischen Kommunen

AKDB und T-Systems stellen gemeinsam im Rahmen einer Kooperation allen bayerischen Kommunen ein De-Mail-Angebot zu vergünstigten Konditionen bereit. Rechtzeitig vor Ablauf der Vorrechtsphase steht das Angebot zur Verfügung.

Mit De-Mail führen Kommunen eine sichere, vertrauliche und nachweisbare digitale Kommunikation mit Bürgern oder Unternehmen und tragen damit zur Modernisierung und zu weniger Verwaltungskosten bei. Eine Kooperation der AKDB mit der T-Systems GmbH ermöglicht allen bayerischen Kommunen einen unkomplizierten Einstieg in De-Mail. So

lässt sich ein De-Mail-Postfach in seiner kostengünstigsten Variante ganz einfach online mit einem herkömmlichen Internetbrowser nutzen.

In der Vorrechtsphase, die zum 30. Juni 2014 endet, sind die zu den E-Mail-Domains korrespondierenden De-Mail-Domains für den Domain-Inhaber vorreserviert und können von ihm mit Abschluss eines De-Mail-Vertrages übernommen werden (z. B. poststelle@musterhausen.de-mail.de bei poststelle@musterhausen.de). Nach Ablauf dieser Phase kann sich bei berechtigtem Interesse grundsätzlich jeder Interessent diese Domain sichern. Die AKDB unterstützt interes-

sierte Kommunen beim Vertragsabschluss und der Identifizierung, die für eine Freischaltung des De-Mail-Postfachs gesetzlich erforderlich ist. Zudem entfällt bei Beauftragung von De-Mail bis zum 30. Juni 2015 für die ersten sechs Monate die Grundgebühr.



Von OK.VORFAHRT zu OK.VERKEHR

1998 begann eine Art Revolution in bayerischen Zulassungsbehörden: Der Landkreis Kronach ging als deutschlandweit erste Zulassungsbehörde mit dem auf Client-Server-Technologie basierenden OK.VORFAHRT in den Echtbetrieb. Bis zu diesem Zeitpunkt war der oberfränkische Landkreis einer von insgesamt rund 75, ausschließlich bayerischen Zulassungsbehörden, die das auf der HP3000 eingesetzte VORFAHRT OPEN im Einsatz hatten.



Inzwischen sind mehr als 15 Jahre vergangen und die AKDB vertreibt ihre Produkte über Partnerfirmen auch außerhalb Bayerns, sowohl für den autonomen Betrieb als auch für Rechenzentren. Die Zahl der OK.VORFAHRT-Kunden ist bis Ende 2013 auf über 200 gestiegen.

Diverse gesetzliche Änderungen, wie die Einführung der neuen europäischen Zulassungsdokumente im Jahr 2005 oder die Umsetzung der Fahrzeug-Zulassungsverordnung mit elektronischer Versicherungsbestätigung und Online-Übermittlung an das Kraftfahrt-Bundesamt in Echtzeit, wurden termingerecht und anwenderfreundlich realisiert. Mit dem fachlichen und technischen Wissen aus der Praxis hat die AKDB nun in der modernisierten Kfz-Fachanwendung OK.VERKEHR viele täglich notwen-

dige Programmfunktionen und Masken auf ein schnelles und vor allem fehlerfreies Arbeiten ausgerichtet. Neu ist beispielsweise, dass Abfragen und Prüfungen in der Vorgangsbearbeitung parallel ausgeführt werden können, um die Bearbeitung von Zulassungsvorgängen noch schneller zu machen.

Neue Anforderungen von Rechenzentrumskunden haben die AKDB bei ihrer Entscheidung bestärkt, das Fachverfahren OK.VORFAHRT zu modernisieren. Die Entwicklungsabteilung der AKDB hat den neuen Anwendungsrahmen sowie die modernisierte Kfz-Fachanwendung in Java-Technologie erstellt. Technisches und fachliches Know-how sowie langjährige Erfahrung des Geschäftsfeldes Verkehrswesen bei Migrationsprozessen ermöglichen einen anwenderfreundli-

chen und sanften Umstieg auf die neue Entwicklungs- und Betriebsplattform OK.SYNERGO. Somit gleicht der Umstieg zum modernisierten Verfahren einer Evolution.

Das neue Java-basierte Zulassungsverfahren ist bei den Rechenzentren in Baden-Württemberg bereits installiert und kommt im Herbst 2014 zum Einsatz. Gerade die Rechenzentren profitieren neben technischen und fachlichen Neuerungen von der Mandantenfähigkeit.

Die Technikmaske im Prozess »*Neuzulassung fabrikneues Fahrzeug*« (Abbildung 1) im OK.SYNERGO-Rahmen gibt einen ersten Einblick in das modernisierte Verfahren. Sofort fällt die komfortable Menüführung auf, die den Sachbearbeiter automatisch leitet.

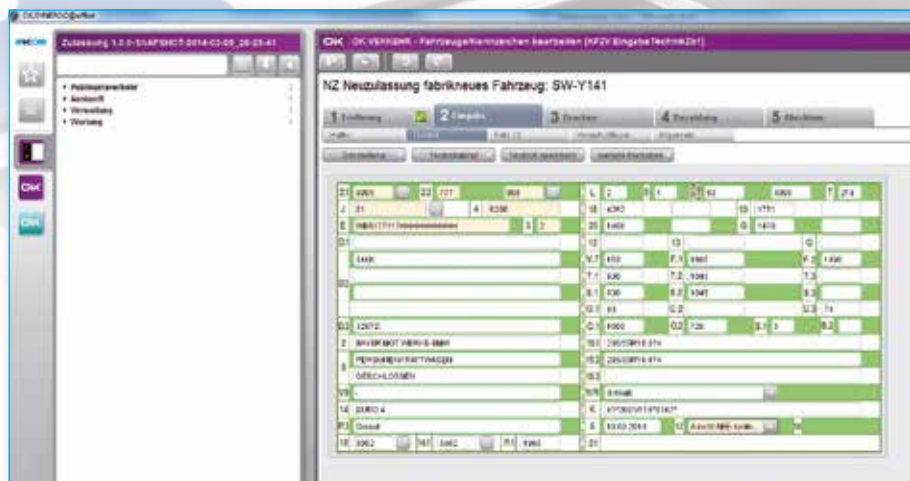


Abbildung 1: Die Maske »Neuzulassung fabrikneues Fahrzeug« zeigt gut die Reiter, die den Sachbearbeiter automatisiert durchs Menü führen.

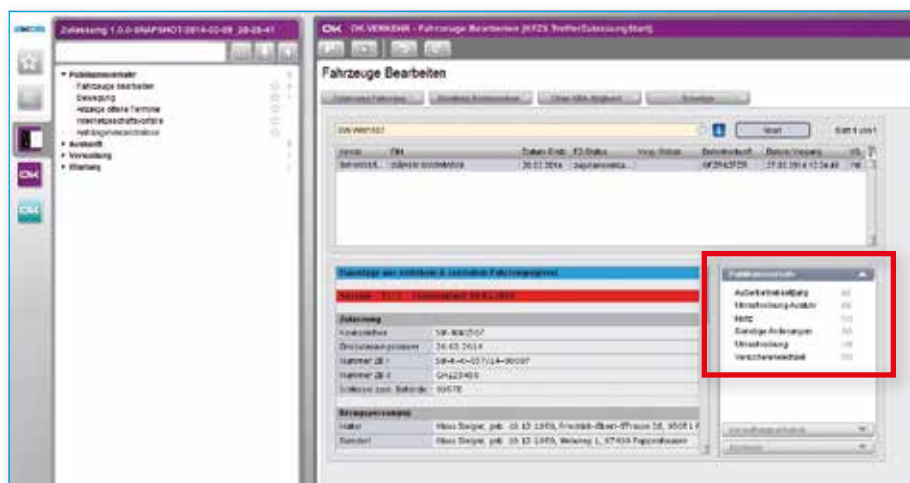


Abbildung 2: Alle möglichen Folgevorgänge im Publikumsverkehr sind – wie im roten Rahmen hervorgehoben – in Abhängigkeit vom Fahrzeugstatus dargestellt.

Zielsetzung: Vorgangszusammenführung

Die sachlogisch möglichen Folgevorgänge im Publikumsverkehr werden – wie im roten Rahmen in Abbildung 2 hervorgehoben – in Abhängigkeit vom Fahrzeugstatus angezeigt. Die gleiche Verfahrenslogik ist auch bei den Rubriken »Verwaltungsarbeiten« und »Anzeigen« zu finden.

Unter der Vorgangsrubrik »sonstige Änderungen« sind allein sieben Vorgänge aus dem laufenden Verfahren OK.VORFAHRT zusammengefasst. Das gleiche gilt für die Vorgangsrubrik »Umschreibung«: Auch hier ist eine Vorgangsverwechslung zukünftig ausgeschlossen.

Im Vergleich zu OK.VORFAHRT werden in der modernisierten Kfz-Fachanwendung relevante Hinweise zu Kennzeichen und Fahrzeugen bei Vorgangseröffnung und während der Sachbearbeitung farblich hervorgehoben.

Die AKDB hat also durch viele technische und fachliche Innovationen ein mandantenfähiges Kfz-Fachverfahren entwickelt, das sowohl Sachbearbeitern als auch Administratoren viele Vorteile bei der täglichen Anwendung bietet. OK.VERKEHR erfüllt darüber hinaus alle Anforderungen eines Rechenzentrums.

Sie wollen mehr über unsere modernisierte Kfz-Lösung erfahren?

Vereinbaren Sie einen Präsentationstermin über unsere Vertriebsmitarbeiter. Dabei erläutern wir Ihnen gerne im Detail weitere Alleinstellungsmerkmale von OK.SYNERGO. Auf das modernisierte Zulassungsverfahren können ab Januar 2015 sowohl autonome als auch Rechenzentrumsanwender umsteigen.

»EDV-Verfahren müssen entlasten: OK.JUS schafft das!«

Das Jugendamt des Landratsamtes Cham ist seit Oktober 2013 im Bereich Allgemeiner Sozialdienst Pilotanwender der neuen Softwaregeneration OK.JUS für Jugend und Soziales. Der AKDB-Report sprach mit Bernhard Nagelschmidt, Leiter der Sozialen Dienste und stellvertretender Leiter des Amtes für Jugend und Familie.

Herr Nagelschmidt, Sie setzen OK.JUS in Ihrem Sozialdienst im Pilotbetrieb ein. Warum?

Die Anforderungen an die Sozialen Dienste der Jugendämter steigen ständig. Das zwingt die Fachkraft dazu, sich fachlich weiterzuentwickeln. Gleichzeitig muss sie moderne und arbeitserleichternde Instrumente zur Verfügung gestellt bekommen. Zu einer fachlich kompetenten und zeitgemäßen Arbeit in den Jugendämtern gehören entsprechende EDV-Verfahren. Eine moderne Benutzeroberfläche, gute Suchmöglich-

keiten und eine flexible Administration waren unter anderem ausschlaggebend, um gemeinsam mit den Fachleuten der AKDB die Pilotierung von OK.JUS zu beginnen.

Was hat Sie an OK.JUS ganz besonders überzeugt?

OK.JUS überzeugt unter anderem dadurch, dass es Arbeitsprozesse der Sozialen Dienste darstellen und gegebenenfalls bemessen kann. Eine wichtige, zukunftsorientierte Leistung, die ein EDV-Verfahren den Sozialen Diensten



Reinhard Babl, EDV-Leiter beim Landratsamt Cham, zur technischen Realisierung beim Landratsamt: »Das Verfahren OK.JUS ist im Rechenzentrum der AKDB installiert. Der Zugriff auf das Programm OK.JUS erfolgt über das Bayerische Behördennetz. Zum Start des Programms ist lediglich ein Browser (z. B. Internet Explorer) und ein aktueller Java-Client nötig. Eine weitere Installation von Softwarekomponenten ist nicht erforderlich.«



der Jugendämter bieten muss. Beschreibt OK.JUG* noch Familien in Bezugssystemen, liegt der Vorteil bei OK.JUS in der Beschreibung von Hilfeanlässen. Es werden so nicht nur die Familien bzw. Klienten mit den dazugehörigen Leistungen erfasst, sondern es werden umfassende sozialpädagogische Prozesse abgebildet. OK.JUS bietet dazu strukturierte Möglichkeiten.

Welche Vorbereitungen mussten Sie in Ihrem Amt für die Einführung von OK.JUS treffen?

Im Oktober 2013 begannen wir, gemeinsam mit den Fachleuten der AKDB, das Programm auf die Kernprozesse unserer Arbeit und die dazugehörigen Verfah-



Im Landratsamt Cham nutzen die ASD-Fachkräfte Katharina Zitzelsberger (l.) und Anastasia Hann erfolgreich OK.JUS. Hinten im Bild: ASD-Leiter Bernhard Nagelschmidt (l.) und sein Stellvertreter Andreas Schmid

rensabläufe einzurichten. Die einzelnen Teilprozesse haben wir mit entsprechenden Aktivitäten und Informationen für die Fachkraft versehen.

In welcher Weise profitiert die Fachkraft von OK.JUS?

Die Benutzer- und Dialogführung sowie die Informations- und Suchmöglichkeiten passen genau zum anspruchsvollen Tätigkeitsfeld der Fachkraft in einem Jugendamt. Beim Bearbeiten eines Hilfeanlasses kann sie beispielsweise über ein Infopanel definierte Verfahrensabläufe zu den einzelnen Arbeitsschritten abrufen. Die hinterlegten Aktivitäten, zum Beispiel das Einholen von Stellungnahmen, können mit verschiedenen vorge-

gebenen Funktionalitäten versehen werden. Je nach Bedarf findet die Fachkraft hier eine Dokumentationsfunktion, eine Textverknüpfung, eine Bewertungsfunktion oder Ähnliches.

Was ist aus heutiger Sicht Ihr Fazit zu OK.JUS?

Die EDV-Verfahren der Jugendhilfe müssen die Sachbearbeiter entlasten und dürfen sie nicht belasten. Sie müssen einwandfrei den praktischen Arbeitsablauf in den Sozialen Diensten abbilden und eine schnelle Übersichtlichkeit schaffen. OK.JUS leistet das.

**OK.JUG ist die bestehende Verwaltungssoftware der AKDB für Jugendämter.*

OK.JUS für Jugend und Soziales

OK.JUS ist die neue, moderne und eigenentwickelte Software für Jugend und Soziales. AKDB und Verwaltungen profitieren gleichermaßen von den Anregungen und Wünschen der Anwender, die in die Entwicklung von OK.JUS eingeflossen sind:

- OK.JUS passt sich den Bedürfnissen der Kunden an.
- OK.JUS bietet neue Möglichkeiten durch neue Technologie.
- OK.JUS lässt mehr Zeit für das Wichtigste: die Arbeit am Menschen.

Der Killer-Applikation auf der Spur

Sind wir in Zukunft nur noch mobil im Internet unterwegs? Hat der stationäre PC-Arbeitsplatz in Büro, Verwaltung und Zuhause bald ausgedient? Wie müssen sich Software und Benutzeroberflächen in der »Post-PC-Ära« weiterentwickeln? Welchen Einfluss hat der Siegeszug mobiler Endgeräte wie Smartphones und Tablets auf das Serviceangebot der Kommunen? Und welche Online-Verwaltungsdienste werden in den kommenden Jahren der absolute Renner sein?

In Zukunft
nur noch mobil?

Schön, smart,
sicher?

Bürgerbeteiligung und
Online-Demokratie?

Diese und noch viel mehr spannende Fragen wurden im Januar in München auf dem ersten AKDB-Kunden-Innovationsforum zum Thema »eGovernment & Online-Bürgerdienste« zusammen mit leitenden Verwaltungsangestellten diskutiert.

»Die Veranstaltung ist der Auftakt zu einem neuen Format, in dem die Einschätzungen und Sichtweisen unserer Kunden auf zukünftige Trends und Entwicklungen im Mittelpunkt stehen«, so Wolfram Weisse, seit September Leiter Kommunikation und Marktentwicklung bei der AKDB und damit zuständig für

innovative Produktideen. Einen ganzen Tag lang erörterten IT- und eGovernment-Verantwortliche verschiedener Kommunen Zukunftstrends und mögliche Anwendungsszenarien mobiler Online-Lösungen für Bürger und Verwaltung. AKDB-Repräsentanten aus den Bereichen Marktentwicklung, eGovernment und technisches Marketing lieferten mit kurzen Impulsvorträgen zu technologischen Trends und innovativen Projekten im In- und Ausland die Basis für die sich anschließende Diskussion.

»In erster Linie hören wir unseren Kunden mit gespitzten Ohren zu, um noch

besser zu verstehen, welchen Einfluss der Siegeszug mobiler Endgeräte heute und in Zukunft auf die Verwaltung hat«, erklärt Weisse das Konzept.

Mit einer Mischung aus Methodik und offenen Diskussionen versucht man, im Kundenkreis ein möglichst realistisches Bild der nahen und auch der fernen Zukunft zu zeichnen: Wo und wann lösen mobile Arbeitsplatzumgebungen den heute gewohnten Desktop-PC ab? Welche Rolle spielen immer leistungsfähigere Tablet-PCs und Smartphones für die Abwicklung von Behördengängen und was bedeutet das für die schnelle



Innovative Runde: Nicoletta Bauer (AKDB), Stefan Walter (LRA Miltenberg), Thomas Tausend (Stadt Trostberg), Wolfram Weisse (AKDB), Robert Kapfenberger (Markt Geisenhausen), Andreas Haßelbacher (Gem. Brunnthal), Robert Imiolek (LRA Mühldorf am Inn), Roland Braun (Stadt Donauwörth), Karl-Heinz Duschl (Markt Arnstorf), Clemens Krüger und Markus Hofmann (beide AKDB; von links)

Mobile Revolution!

Verwaltungsübergreifende Dienstleistungen?

und eindeutige Identifizierung über das mobile Endgerät? Befördert dieser radikale technologische Wandel die stärkere Einbeziehung von Bürgern über das Internet? Wann werden sich Beteiligungs-Plattformen oder die Online-Bürger-sprechstunde als gewohnter Standard etablieren?

Gerade in diesem Punkt waren sich alle Forumsteilnehmer einig: Junge Menschen seien über die klassische Bürger-versammlung nur schwer oder gar nicht erreichbar, wohl aber beteiligten sie sich aktiv in Internetforen. »Unsere Kunden sind gleichzeitig die Kunden von Apple,

Amazon & Co.«, bringt es ein Forumsteilnehmer auf den Punkt. Und mehr noch: »Die Zeiten, in denen man sich für einen Behördengang einen Tag frei nimmt, sind vorbei.« Damit steige auch die Erwartungshaltung der Kunden in Sachen Online-Verwaltungsdienste.

Auch wenn viele Fragen nicht eindeutig beantwortet werden können, ist das Ziel des Kunden-Innovationsforums, der zukünftigen Wahrheit möglichst dicht auf den Fersen zu sein. »Schließlich sind für innovative Lösungen und Produkte, die in drei bis fünf Jahren in der Verwaltung und damit auch beim Bürger zum Einsatz

kommen, bereits heute in der Entwicklung die richtigen Weichen zu stellen«, erklärt Moderator Weisse. Angesichts der Komplexität heutiger Produktentwicklungen ist eine möglichst treffsichere Zukunftsprognose für jeden Softwareanbieter, und damit auch für die AKDB, von großer Bedeutung.

Für dieses Jahr sind drei weitere Kunden-Innovationsforen geplant. Wer an einem der nächsten Termine teilnehmen möchte, kann sich mit einer kurzen Nachricht an kunden-innovationsforum@akdb.de über Termine und Themen informieren lassen.

»Die AKDB kann das«

CeBIT

Rückblick auf die CeBIT: Am Messestand des Bundesinnenministeriums präsentierte die AKDB das sogenannte eMandat, das die bewährte Lastschrift in Zeiten von SEPA erfolgreich in die digitale Welt überträgt. An die Stelle der manuellen Unterschrift tritt online die eID-Funktion des neuen Personalausweises. Mit dem Start von SEPA ist für die Bezahlung per Lastschrift ein Mandat erforderlich. Damit legitimiert der Zahler den Gläubiger, die Abbuchung vornehmen zu dürfen. In der Online-Welt ist ein Pendant zur Papiervariante bisher nicht vorgesehen. Viele Verwaltungsdienstleistungen sind aber mit Gebühren verbunden, die vom Bürger in der Vergangenheit bequem per Lastschrift beglichen wurden.

Daneben stellte das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in Anwesenheit von Bundesinnenminister Thomas de Maizière gemeinsam mit der AKDB die Ausweis-Auskunft vor, eine wichtige Online-Funktion des neuen Personalausweises. Mit der Ausweis-Auskunft lassen sich die auf dem Chip gespeicherten persönlichen Daten jederzeit einfach anzeigen, die z. B. bei der Nutzung digitaler Verwaltungsdienste und kommerzieller Internet-Services verwendet werden. Die Ausweis-Auskunft steht ab sofort auf dem AusweisApp-Portal kostenfrei zur Verfügung: www.ausweisapp.bund.de. Hanno Koop vom BSI verzeichnete großes Publikumsinteresse und lobte in diesem Zusammenhang seinen Kooperationspartner: »Für den gelungenen Start der Ausweis-Auskunft möchte ich mich beim Messe-Team der AKDB sehr herzlich bedanken. Die während der CeBIT bei uns eingegangene Resonanz auf die Ausweis-Auskunft war durchwegs äußerst positiv.«

Ihr breites Produkt-Portfolio inklusive der neuen Betriebsplattform OK.SYNERGO zeigte die AKDB auf dem Stand ihrer Vertriebstochter kommIT. Komplettiert wurde der Messeauftritt durch Vorträge

und Podiumsdiskussionen zu den Trendthemen Mobilität und eGovernment: Dr. Andreas Mück vom bayerischen Finanzministerium betonte bei einer Diskussion, dass IT-Sicherheit höchste Priorität habe. Der Betrieb der Portaltechnologie bei der AKDB sei in diesem Zusammenhang die beste Lösung, da man dort seit vier Jahrzehnten profunde IT-Erfahrung besitze. Mück wörtlich: »Die AKDB kann das«, schließlich sei sie nicht zufällig vom BSI unlängst zertifiziert worden. Auch zur Frage, wie im Zusammenhang mit dem neuen Personalausweis Daten sicher auf mobile Endgeräte gelangen sollen, habe der Freistaat gemeinsam mit der AKDB Ideen entwickelt.

Ebenfalls auf der CeBIT haben T-Systems und AKDB eine Vertriebskooperation über die Vermarktung der De-Mail bei bayerischen Kommunen beschlossen. Ab sofort wird die AKDB ihren Kunden ein attraktives De-Mail-Einstiegsangebot zur Verfügung stellen. Mit De-Mail können Kommunen eine sichere, vertrauliche und nachweisbare digitale Kommunikation mit Bürgern oder Unternehmen führen und damit zur Verwaltungsmodernisierung und Kostenreduzierung beitragen.





Alexander Amann von der AKDB (rechts), hier mit Staatssekretär Johannes Hintersberger aus dem bayerischen Finanzministerium am Stand des IT-Planungsrates: »Die Resonanz bei den Besuchern ist hervorragend, es gibt viele konstruktive Gespräche mit Vertretern der Länder und des Bundes. Wir präsentieren hier konzeptionelle Dienste für das Bürgerservice-Portal, wie Volksbegehren und Volksbefragung. Außerdem zeigen wir die sichere Cloud-Lösung nPA-Box samt mobiler Nutzung. Auch die Möglichkeiten im Rahmen der Identity Federation stoßen auf sehr großes Interesse.«

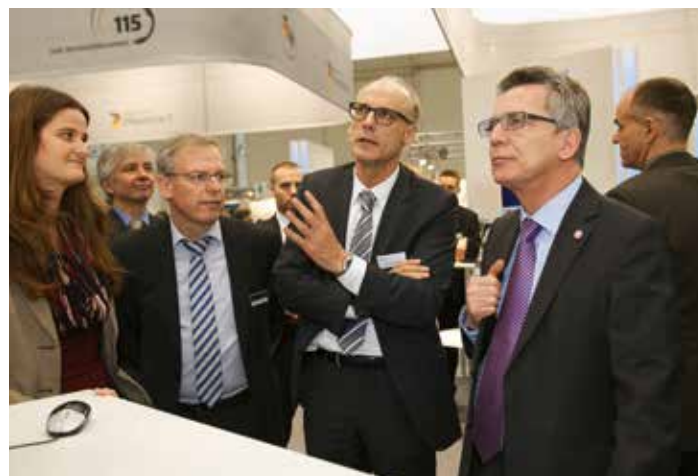
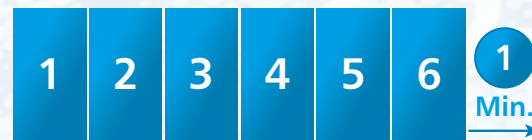


Bild links: eGovernment-Podiusdiskussion unter Moderation von Prof. Dr. Manfred Mayer von der Messe München (r.) mit Dr. Andreas Mück vom bayerischen Finanzministerium (Mitte) und Michael Diepold von der AKDB. Bild rechts: Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zeigte auf der CeBIT gemeinsam mit der AKDB die Ausweis-Auskunft des nPA. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (vorne r.), BSI-Abteilungspräsident Bernd Kowalski (vorne l.) und AKDB-Vorstandsvorsitzender Alexander Schroth

Biometrische Verfahren in Smartphones



Ein Fingerabdruck kann ein Smartphone vor unberechtigtem Zugriff schützen. Mark Semmler, IT-Sicherheitsexperte und Geschäftsführer der Antago GmbH, beleuchtet in seinem Gastbeitrag für den AKDB-Report kritisch Chancen und Risiken des Themas.

Der Zugangsschutz ist ein zentrales Sicherheitsfeature des Smartphones. Er erfüllt die gleiche Aufgabe wie die Haus- oder Wohnungstür: unliebsamen Besuch draußen zu halten. Der Zugangsschutz bewahrt das Gerät vor unberechtigter Benutzung und schützt dort gespeicherte Daten und die IT-Infrastruktur. Das soll Missbrauch ausschließen, sollte das geliebte iPhone auf dem Küchentisch herumliegen (Nachwuchs), im Restaurant oder Zug vergessen worden sein (unehrlicher Finder) oder einem Langfinger in die Hände gefallen sein (Diebstahl).

Inzwischen stehen je nach Hersteller und Betriebssystem eine ganze Reihe von Verfahren für den Zugangsschutz zur Verfügung. Die häufigsten finden Sie in der hier abgebildeten Tabelle:

Der Passcode

Der Passcode ist eine Zeichenfolge, die zum Entsperren des Smartphones eingegeben werden muss: quasi der Schlüssel für die Wohnungstür. Die User kennen den Passcode als »Benutzername und Passwort« von verschiedenen Diensten im Internet oder für das Einloggen am PC. Bei Smartphones wird in aller Regel auf den Namen verzichtet und so die Prozedur spürbar abgekürzt, weil man davon ausgehen kann, dass man sein Gerät nur selbst verwendet. Um das Erraten von Passcodes bei einem gesperrten Smartphone zu verhindern, haben Hersteller wirkungsvolle Sperren in ihre Geräte eingebaut. So legen z.B. iPhone und iPad nach dem sechsten Fehlversuch steigende Wartezeiten zwischen den Eingaben ein. Spätestens nach dem elf-

ten Fehlversuch ist Schluss, indem sich das iPhone deaktiviert (Grafik oben).

Nachzeichnen eines Musters

Bei Android-Geräten ist das Entsperren durch das Nachzeichnen eines Musters möglich. Das Entsperr-Muster erfreut sich großer Beliebtheit, da es dem räumlichen Denken entgegenkommt und der Nutzer es sich daher einfach merken kann. Google hält das Entsperr-Muster für unsicherer als einen Passcode. Es könne einfacher ausgespäht werden und es lässt sich möglicherweise auch geraume Zeit nach der Eingabe durch den Schmierfilm auf dem Display noch erkennen. In einem Papier zu diesem Thema heißt es: »Es ist erstaunlich schwierig, die Fettrückstände auf den Touchscreens zu verwischen oder unkenntlich zu machen.«¹ (siehe Abbildung Seite 17)

Gesichtserkennung

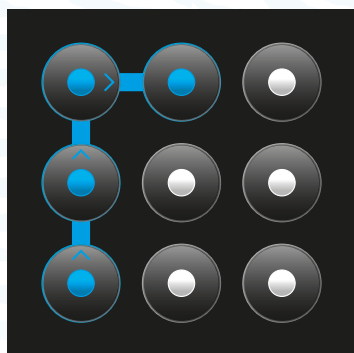
Android wurde ab Version 4 mit einer Gesichtserkennung – auch »Face Unlock« genannt – ausgestattet. Wie beim Entsperr-Muster traut selbst Google, der Hersteller von Android, seiner eigenen Technologie offensichtlich nicht recht. So erhält der Nutzer beim Aktivieren von Face Unlock eine Warnung, dass die Gesichtserkennung »weniger sicher als ein Muster, PIN oder Passwort« ist und dass »jemand, der Ihnen ähnlich sieht, (...) Ihr

Methode	Apple iOS	Android	Windows Phone 8
Passcode	ja	ja	ja
Nachzeichnen eines Musters	–	ja	–
Gesichtserkennung	–	ja	–
Fingerabdruck-Sensor	ja (seit iPhone 5S und iPad Mini)	einzelne Modelle, nur sehr selten zu finden	–



Mark Semmler, Dipl.-Informatiker (FH), Jahrgang 1973, ist Geschäftsführer der Antago GmbH. Mark Semmler ist Spezialist für Informationssicherheit und Mobile Devices und europaweit bekannt für seine Livehacking-Vorträge vor internationalem Publikum. »Biometrische Verfahren, die heute in Smartphones zu finden sind, wurden für den Massenmarkt konzipiert und lassen sich bei entsprechender Vorbereitung überlisten.«

Entsperr-Muster



der Vorstellung des iPhone 5S. In diesen Geräten ist ein Fingerabdruck-Sensor, »Touch ID« genannt, verbaut. Damit kann das Gerät entsperrt und Einkäufe im iTunes-Store, App-Store und iBooks-Store können komfortabler abgewickelt werden; weitere Einsatzgebiete sind natürlich denkbar. Der Sensor ist im Home-Button des Gerätes untergebracht, der sich optisch von seinen Vorgängern nur durch einen neu hinzugekommenen Edeltstahlring unterscheidet.

Telefon entsperren (könnte)«. Diese Warnung ist durchaus berechtigt. Kurz nach der Veröffentlichung wurde gezeigt, dass sich die Gesichtserkennung durch ein einfaches Foto austricksen lässt.² Mit Android 4.1 führte Android eine zusätzliche optionale Prüfung ein, um die Sicherheit der Gesichtserkennung zu erhöhen. Auf Anforderung des Gerätes musste der Benutzer nun blinzeln. Aber auch diese Hürde wurde innerhalb weniger Tage erfolgreich umgangen: Zum Entsperren wurde zunächst das originale Bild des Benutzers präsentiert und auf Anforderung gegen ein manipuliertes Bild des Benutzers mit geschlossenen Augen getauscht.³

Der Fingerabdruck-Sensor

Den ersten ernsthaften Schritt in Richtung biometrischer Authentifizierung machte Apple im September 2013 mit

Der Fingerabdruck-Sensor macht den Passcode übrigens nicht überflüssig – ganz im Gegenteil. Der Einsatz der Touch ID verlangt sogar, dass das iPhone zusätzlich mit einem Passcode gesichert ist, weil er als Haupt- und Nachschlüssel benötigt wird. Der Passcode kommt in folgenden Fällen zum Einsatz:

- nach fünf fehlgeschlagenen Versuchen, das Gerät mittels Fingerabdruck zu entsperren (bereits nach drei Fehlversuchen wird die Eingabe des Passcodes angeboten)
- für das erste Entsperren nach einem Neustart des Gerätes
- wenn das Gerät vor mehr als 48 Stunden zuletzt entsperrt wurde
- wenn die Einstellungen für den Passcode und die Fingerabdrücke geändert werden sollen

Kennt Apple meine Fingerabdrücke?

Als die ersten Gerüchte über den neuen Sensor die Runde machten, äußerte die Öffentlichkeit umgehend Bedenken, Apple könne seine Nutzer auf einer neuen Ebene ausspionieren. »Nicht nur unser Nutzerverhalten, jetzt auch noch unsere Fingerabdrücke! Was kommt als Nächstes?«, war der Tenor in diversen Foren. Apple versuchte, diese Bedenken zu zerstreuen. Auf welche Weise genau der Sensor Fingerabdrücke verarbeitet, bleibt zwar ein Betriebsgeheimnis. Laut Apple erstellt der Sensor aber kein exaktes Abbild, sondern erkennt nur spezifische Muster, verschlüsselt diese und speichert sie in einem besonders gesicherten Bereich des Prozessors. Dies soll garantieren, dass der originale Fingerabdruck nirgends gespeichert wird und dass die markanten Muster selbst dann nicht öffentlich werden, wenn die Hardware des Gerätes angegriffen wird.⁴

Ist der Fingerabdruck-Sensor sicher?

Noch vor dem offiziellen Verkaufsstart am 20. September 2013 wurden über die Webseite IsTouchIdHackedYet Preise für diejenigen gesammelt, der als Erster



den Sensor überwindet. Bereits einen Tag später dokumentierte der Chaos Computer Club den ersten erfolgreichen Angriff, bei dem der Sensor mit einem geklonten Fingerabdruck überlistet wurde. Bald stellte sich heraus, dass der Sensor auf rein optischer Basis arbeitet und sich deshalb unter Laborbedingungen einfach und zuverlässig überwinden lässt.^{5,6}

In der Praxis gestaltet sich ein Angriff natürlich schwieriger, weil spezielle Rahmenbedingungen gegeben sein müssen. Auch wenn der Nutzer das benötigte Authentifizierungsmerkmal täglich viele Male an unsicheren, öffentlichen Orten hinterlässt, muss der Angreifer zunächst einen ausreichend deutlichen Fingerabdruck des richtigen Fingers finden und diesen auch korrekt zuordnen können – es ist nicht immer so einfach wie beim nebenstehenden Beispielfoto.

Darüber hinaus muss er das iPhone seiner Wahl im eingeschalteten Zustand entwenden und sicher sein, dass es nach dem letzten Einschalten mindestens einmal entsperrt wurde und das letzte Entsperren außerdem nicht länger als 48 Stunden zurückliegt. Nur unter diesen Bedingungen hat er fünf Versuche frei, mit seiner Fingeratrappe die Zugangssperre zu überlisten.

Eines ist durch die Demonstration des Chaos Computer Club offensichtlich geworden: Der Fingerabdruck-Sensor kann mit relativ einfachen Mitteln umgangen werden. Dazu ist kein exklusives Wissen bzw. Können notwendig, wohl aber einiges an Vorbereitung, Übung und krimineller Energie. Die größte Hürde besteht darin, an einen ausreichend deutlichen Abdruck des richtigen Fingers zu gelangen und diesen korrekt zuordnen zu können. Im Umfeld professioneller Angreifer ist das sicher möglich.

Technologie für Behörden einsetzbar?

Alle biometrischen Verfahren, die heute in Smartphones zu finden sind, wurden für den Massenmarkt konzipiert. Sie können dort zum Einsatz kommen, wo schon heute eGovernment ohne eine besondere Authentifizierung angeboten wird. Dort bieten sie dem Nutzer von eGovernment zumindest mehr Komfort. Für einen Ersatz besonders sicherer eGovernment-Systeme, zum Beispiel die eID-Funktion des neuen Personalausweises, qualifizierte Signaturen oder De-Mail, fehlen nicht nur notwendige rechtliche Grundlagen. Auch die technischen Voraussetzungen liegen bei den heute verfügbaren Smartphones nicht vor.

¹ siehe Paper "Smudge Attacks on Smartphone Touch Screens" des Department of Computer and Information Science der University of Pennsylvania von Juli 2010

² siehe Tweet von Koushik Dutta vom 18.11.2011 und die Blogeinträge von Soya Cincau vom 10.11.2011 und vom 12.11.2011

³ siehe Youtube-Video, Fußnote 6

⁴ THE WALL STREET JOURNAL vom 11.09.2013, "Apple: New iPhone Not Storing Fingerprints, Doesn't Like Sweat", zuletzt aufgerufen: 19.10.2013

⁵ Presseerklärung des CCC vom 21.09.2013, »Chaos Computer Club hackt Apple TouchID«, zuletzt aufgerufen: 19.10.2013

⁶ Video des CCC auf YouTube, "Hacking iPhone 5s TouchID", zuletzt aufgerufen am 19.10.2013



Neues Feature in der Finanzsoftware

Zählerwechsel per App – Online ohne Medienbruch



Früher mussten die Wasserwarte beim Zählerwechsel Papierlisten führen. Mit einer neuen App stehen nun die zu eichenden Zähler in einer Datei per Knopfdruck zur Verfügung. Das entlastet die Verwaltung erheblich.

Bisher verlief dieser Prozess so: Der Sachbearbeiter stellte dem Wasserwart die Liste der zu wechselnden Zähler auf Papier zur Verfügung. Der Wasserwart holte sich die Papierliste im Rathaus ab und dokumentierte beim Kunden den Wasserzählerwechsel selbst handschriftlich. Anschließend musste der Wasserwart die Liste der erledigten Zählerwechsel wieder zum Sachbearbeiter in der Verwaltung bringen. Wie bei der Abholung der Zählerliste musste er dazu persönlich ins Rathaus. In der Veranlagung wurde der Zählerwechsel verwaltungsintern manuell Fall für Fall abrechnungstechnisch vollzogen.

Heute geht es leichter

Ein Knopfdruck genügt und der Sachbearbeiter stellt die zu eichenden Zähler in einer Datei zur Verfügung. Der Wasserwart lädt sich diese Liste über das Internet auf seinen Tablet-PC, wann und wo immer er will. Während des Zählerwechsels gibt er alle relevanten Daten direkt am Tablet ein. Die erledigten Zählerwechsel sendet der Wasserwart bei Gelegenheit an den Sachbearbeiter in der Verwaltung – wie bei der Datenabholung über eine verschlüsselte Internetverbindung. Auch verwaltungsintern erleichtert sich einiges: Die Veranlagung vollzieht den Zählerwechsel abrechnungstechnisch automatisiert.



Der Wasserwart kann die Liste der Wasserzähler auf seinem Tablet-PC sehen, wann und wo immer er will.

Einführung von ALKIS® bei der bayerischen Vermessungsverwaltung



Angelika Jais, Bayerisches Finanzministerium: »Kommunen sollten sich frühzeitig mit der erforderlichen Software versorgen, damit die Umstellung auf das neue ALKIS®-Datenformat reibungslos funktioniert.«

Ministerialrätin Dipl.-Ing. Angelika Jais ist Leiterin des Referates 73 im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat. Zu ihrem Aufgabenbereich gehören die Themen Geodateninfrastruktur, Landesvermessung, Informations- und Kommunikationstechnik und Breitband in der Vermessungsverwaltung. Sie ist im Ministerium unter anderem zuständig für die Einführung des neuen, bundesweit einheitlichen Standards ALKIS® bei der bayerischen Vermessungsverwaltung.

Frau Jais, können Sie unseren Lesern den Begriff ALKIS® kurz erläutern?

Das **Amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem**, kurz **ALKIS®**, ist ein bundeseinheitliches Datenmodell. Es führt die im Liegenschaftskataster bisher getrennt gehaltene Digitale Flurkarte (DFK) und das Automatisierte Liegenschaftsbuch (ALB) redundanz- und widerspruchsfrei in einem Modell zusammen. Die Umstellung führt auch zur Erfassung und Pflege neuer Datenbestände wie z.B. die der sogenannten Tatsächlichen Nutzung, der Bodenschätzung und der 3D-Gebäudedaten. Die bisherigen Nutzungsarten im ALB entfallen dann. Außerdem stehen den Kommunen im Rahmen der Generalvereinbarung neben ALKIS®-Daten zahlreiche weitere Geobasisdaten wie z. B. topografische Karten, Luftbilder, Hauskoordinaten und ein digitales Geländemodell zur Verfügung, die in der täglichen Arbeit der Gemein-

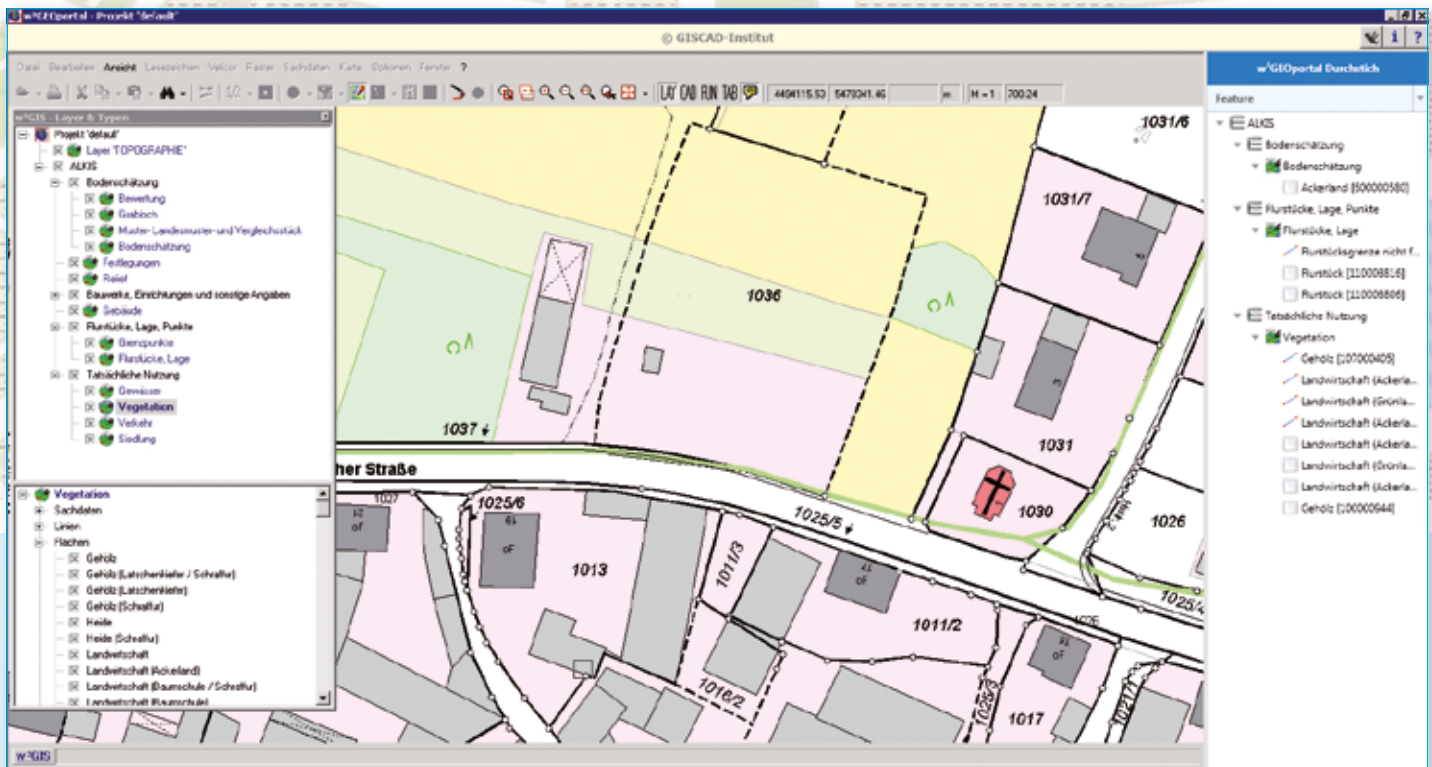
den, Städte und Landkreise eine wichtige Rolle spielen dürften.

Der Vermessungsamtsbezirk Amberg begann im April 2013 als erstes bayerisches Vermessungsamt mit der Umstellung auf ALKIS®. Inzwischen ist auch das Vermessungsamt Bayreuth umgestellt. Viele Kommunen fragen nun, wann ihr zuständiges Vermessungsamt ALKIS® einführt.

Bei der Umstellung auf ALKIS® wird der Großteil der Software an den Vermessungsämtern ausgetauscht und auf eine zentrale Datenhaltung umgestellt. Dabei gab es kleinere Anlaufschwierigkeiten. Die Datenmengen sind mit dem neuen Format auch deutlich angestiegen. Jetzt wird in kurzer Abfolge ein Vermessungsamt nach dem anderen umgestellt. Wir geben die Reihenfolge ständig aktualisiert im Internet bekannt unter

Profitieren Sie schon heute von ALKIS® – mit dem Modul Geodatenimport für TERAwin oder w³GIS/komGDI!

Damit können Sie schon jetzt die von der Vermessungsverwaltung bereits ausgelieferten Geodaten wie Tatsächliche Nutzung (TN-shape), Bodenschätzung (BOSCH-shape), Höhenfestpunkte (HP) und 2D-Digitales-Gebäudemodell (LoD1-shape) im GIS nutzen. Zusätzlich stehen zu jedem Punkt in der Karte genaue Höhenangaben aus dem Digitalen Geländemodell (DGM25) zur Verfügung. Und das Beste: Mit dem Modul Geodatenimport sind Sie bestens vorbereitet für das neue ALKIS®-Datenformat.



Die AKDB bereitet ihre Kunden mit dem Modul Geodatenimport für das neue ALKIS®-Datenformat optimal vor.

www.vermessung.bayern.de, im Bereich ALKIS® Bayern, unter Einführungsreihenfolge. Unser Ziel ist es, den Großteil der bayerischen Vermessungsamtsbezirke bis Ende 2014 auf ALKIS® umzustellen.

Was gilt es dann für die Kommunen zu beachten?

Aus Sicht der Vermessungsverwaltung wäre es wichtig, dass sich die Kommunen frühzeitig mit der erforderlichen Software versorgen, damit die Umstellung auf das neue ALKIS®-Datenformat reibungslos funktioniert. Ich könnte mir vorstellen, dass auch Softwareanbieter wie die AKDB personelle Ressourcen rechtzeitig einplanen müssen, um eventuelle Updates zeitnah einzuspielen.

Für unsere kommunalen Anwender ist die Nachverfolgung des »Lebenslaufes« eines Flurstücks eine hilfreiche Information. Wann können unsere

Kunden mit den ersten ALKIS®-Differenzdaten rechnen?

ALKIS® kennt Differenzdaten in Form des nutzerbezogenen Bestandsdatenauszugs (NBA). Die Ausspielung des NBA ist frühestens 2015 geplant. In Bayern wird nur die stichtagsbezogene NBA-Variante – ohne Abgabe der Zwischenstände – angeboten. Bis dahin werden aber Komplettdaten abgegeben. Anders als im bisherigen ALB-Format sind bei den Flurstücksobjekten in der Abgabeschnittstelle keine Informationen zu den Fortführungsnachweisen (FN) vorgesehen. Außerdem werden in Bayern die Fortführungsnachweise selbst nicht im ALKIS®-Modell geführt. Eine zusätzliche Liste der Fortführungsnachweise ist erst nach Umstellung aller Vermessungsämter auf ALKIS® verfügbar.

Wagen wir einen Blick auf die Zeit nach der Umstellungsphase auf ALKIS®:

Welche neuen Projekte stehen an und auf welche Neuerungen dürfen sich GIS-Nutzer freuen?

Auch nach der Einführung von ALKIS® gibt es eine Menge zu tun. So steht beispielsweise die Umstellung des Koordinatensystems von Gauß-Krüger auf ETRS89/UTM an, Gebäudedaten werden in der Detailauflösung 2 (LoD2) flächendeckend verfügbar sein etc. Zu einer wichtigen Aufgabe wird auch die Erfassung und dauerhafte Pflege der Topografie.

Digitalisierung und Breitbandversorgung sind weitere spannende Themen für die Vermessungsverwaltung, die mir als Diplom-Ingenieurin persönlich sehr viel Freude bereiten. Wir stehen im permanenten Kontakt mit Telekommunikationsanbietern und weiteren Beteiligten, können ständig dazulernen, sehr viel bewegen und nach vorne bringen.

Alle kommunalen IT-Potenziale nutzen



Das Bundesmeldegesetz soll erstmals bundesweit einheitliche und unmittelbare Regelungen schaffen. Diese sollen für alle Bürger sowie für die mit den Vollzug des Melderechts in den Ländern befassten Behörden gelten. Eine Schwachstelle der bisherigen gesetzlichen Regelungen im Melderecht ist, dass Änderungen des MRRG erst dann verbindlich werden, nachdem sie auch in Landesrecht umgesetzt wurden. Dies hat in der Praxis dazu geführt, dass die Novellierung des MRRG von 2002 zwar die Rahmenbedingungen für die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien im Meldewesen geschaffen hat. Diese Novellierung haben aber nicht alle Bundesländer vollständig umgesetzt, zum Beispiel weil sie nicht über die notwendigen technischen Infrastrukturen verfügten. Damit blieben

Das Bundesmeldegesetz soll den Bürgern außerdem weitere Behördengänge über das Internet ermöglichen, wie die Einholung einer Gesamtauskunft oder die Anmeldung. Dabei wird der Zugang

Der Freistaat Bayern ist mit dem von der AKDB betriebenen BayBIS für die Anforderungen des Bundesmeldegesetzes gut gerüstet. Und die wichtigen Themen Datenschutz und Datensicherheit haben bei Umsetzung und Nutzung der elektronischen Services oberste Priorität.

Landesfamilienkasse entlastet bayerische Verwaltungen

Wirtschaftliche Kindergeldbearbeitung

Die Kindergeldbearbeitung ist insbesondere in kleinen Familienkassen mit unverhältnismäßig hohen Verwaltungskosten verbunden. Für bayerische Kommunen besteht seit 2009 die Möglichkeit, diese Aufgabe an die AKDB-Landesfamilienkasse zu übertragen. Inzwischen nutzen schon knapp 700 Kunden diesen Service.



Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sind für die Festsetzung und Auszahlung des Kindergeldes an ihre Mitarbeiter zuständig. Nach dem Gesetz ist bei diesen Institutionen eine Familienkasse eingerichtet. Für den Arbeitgeber im öffentlichen Dienst bedeutet dies, dass dafür geschultes Personal bereitgehalten werden muss, das regelmäßig nur für eine geringe Anzahl von Kindergeldfällen zuständig ist. Bundesweite Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und Fachgeschäftsprüfungen durch die Fachaufsicht der Familienkassen – das Bundeszentralamt für Steuern – haben gezeigt, dass die Kindergeldbearbeitung gerade in kleinen Familienkassen mit unverhältnismäßig hohen Verwaltungskosten verbunden ist.



Andrea Fahrner, Verwaltungsleitung, und Marion Hausberger, Personalreferentin: Die Übertragung der Kindergeldsachbearbeitung an die AKDB entlastet ihre Geschäftsstelle KJR München-Land.

Dieses Ergebnis ist wenig überraschend, betrachtet man nur die Vielzahl an Aufgaben, die bei einem Kindergeld-Sachbearbeiter anfallen. Darunter fallen die vorgeschriebene regelmäßige Überprüfung des Kindergeldanspruchs, die Überwachung von Rückzahlungsforderungen einschließlich Berechnung und Erhebung von Säumniszuschlägen oder die Erstellung von Einspruchsentscheidungen. Das Bundeszentralamt für Steuern empfiehlt deshalb die Aufgabenübertragung öffentlich-rechtlicher

Körperschaften an Landesfamilienkassen. Das garantiert: Wirtschaftlichkeit und einheitliche Rechtsanwendung.

Nicht nur Kommunalverwaltungen profitieren dabei von dieser Aufgabenwahrnehmung durch die AKDB-Landesfamilienkasse: Auch sonstige unter Staatsaufsicht stehende kommunale Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, so wie der Kreisjugendring München-Land (KJR),

der seit dem 1. Januar 2014 das Kindergeld seiner Mitarbeiter von der AKDB-Landesfamilienkasse festsetzen und auszahlen lässt. »Durch die Übertragung der Kindergeldsachbearbeitung an die AKDB gewähren wir unseren Mitarbeitern eine rechtssichere Beurteilung und Auszahlung des Kindergeldes. Das entlastet die Personalsachbearbeiter in unserer Geschäftsstelle«, so Andrea Fahrner und Marion Hausberger vom KJR.

»Mehr Transparenz mit wenig Aufwand«

Das Landratsamt Fürth setzt wie eine wachsende Zahl anderer Kommunen seit September 2011 das Sitzungsverfahren Session der AKDB-Tochter LivingData ein. Wir sprechen mit Yvonne Greger, verantwortlich für den Sitzungsdienst im mittelfränkischen Landkreis, über mehr Effizienz, über Einspareffekte und über die mobile Lösung Mandatos App.

Sie haben das Sitzungsverfahren Session erfolgreich eingeführt. Was hat sich seitdem in der Sitzungsplanung und -vorbereitung im Landkreis Fürth verändert?

Wir setzen die Lösung seit September 2011 ein und haben sehr positive Erfahrungen gemacht: Alle Vorgänge werden zentral in einer Datenbank verwaltet. Das macht zahlreiche Arbeitsabläufe jetzt wesentlich effizienter. Die Kreisräte des Landkreises Fürth rufen ihre Sitzungsunterlagen elektronisch im Ratsinformationssystem (RIS) ab. Die Vorbereitung auf eine Sitzung ist so ohne Papierversand möglich. Dadurch sparen wir bei den Gebühren für Porto ca. 50 Prozent sowie bei Papier- und Kopierkosten ca. 30 Prozent. Dank der Schnittstelle zum Finanzverfahren OK.FIS erfolgt die Abrechnung und Auszahlung der Sitzungsgelder jetzt weitgehend automatisch.

Das Zusatzmodul SessionNet stellt dem Ratsgremium und den Bürgern Informationen und Daten online zur Verfügung. Welche Vorteile ergeben sich für Sie daraus?

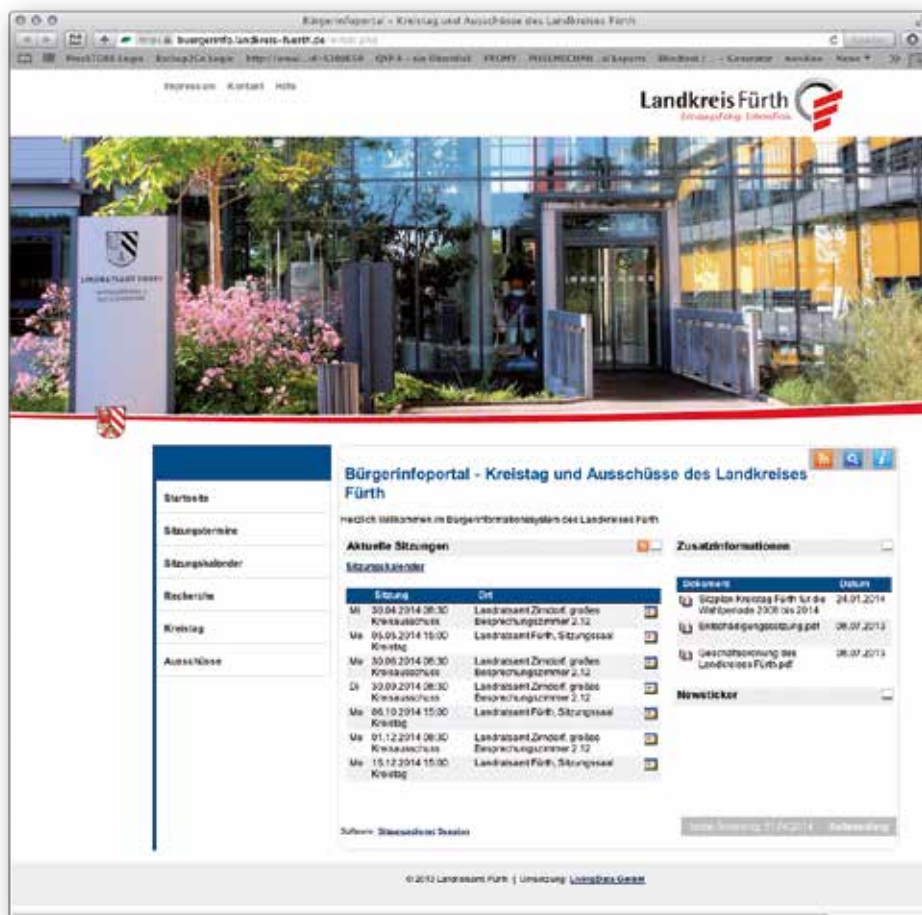
Ein wesentlicher Punkt ist die Transparenz: Der Landkreis Fürth bietet mit dem Amts-, Presse- und Bürgerinformationssystem eine optimierte Informationsplattform für die Mitglieder des Kreistages, alle Bürgerinnen und Bürger,

Pressevertreter sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes Fürth. Da gerade das Thema Bürgerservice einen hohen Stellenwert für uns hat, ist eine offene und zeitnahe Kommunikation sehr wichtig. Dies ist nun ohne großen Zusatzaufwand möglich und erspart zahlreiche Anfragen.



Wie haben sich die Zusammenarbeit im Ratsgremium und der Arbeitsalltag der Ratsmitglieder durch Session und SessionNet verändert?

Bei der Einführung war es für den Landkreis Fürth wichtig, die Ratsmitglieder von langwierigen Vorbereitungen für Sit-





Yvonne Greger, Landratsamt Fürth:
 »Mandatos App ist für den Mandatsträger eine Arbeitserleichterung und wichtige Informationsquelle. Die Kreisräte können ortsunabhängig und zu jedem Zeitpunkt alle Informationen abrufen, kommentieren und aufbewahren.«

zungen zu entlasten. Bei der Recherche zu bestimmten Informationen hat das Ratsmitglied durch die zentrale Archivierung den Vorteil, jederzeit auf Sitzungsunterlagen aus zwei Amtsperioden zugreifen zu können – völlig unabhängig von der Verwaltung und deren Arbeitszeiten. Durch den Einsatz von WLAN im Sitzungssaal ist den Ratsmitgliedern der Zugang zum Ratsinformationssystem über private mobile Geräte auch in den Sitzungen möglich.

Bei Ihnen kommt jetzt die Mandatos iPad App erstmals zum Einsatz, damit kann die Gremienarbeit auch jederzeit von unterwegs erledigt werden. Wo sehen Sie Chancen und welche Erwartungen haben Sie?

Ich sehe die Mandatos App als Arbeitserleichterung und wichtige Informationsquelle. Denn egal ob zu Hause oder auf Geschäftsreise, die Kreisräte können ortsunabhängig und zu jedem Zeitpunkt alle Informationen abrufen, kommentieren und geschützt innerhalb der App aufbewahren. Wir hoffen auf eine breite Nutzerakzeptanz aufgrund der Offline-Funktionalität der App sowie einen regen Erfahrungsaustausch.

WLANconnect für Kommunen

Sicheres Enterprise-WLAN



WLANconnect, die Enterprise-WLAN-Lösung der LivingData, ermöglicht kommunalen Mitarbeitern und ihren Gästen jederzeit und an jedem Ort Netzzugriff mit ihren mobilen Geräten – für eine sichere Kommunikation.

WLANconnect von der AKDB-Tochter LivingData – so heißt das Drahtlosnetzwerk der Enterprise-Klasse. Es ermöglicht eine umfassende und sichere WLAN-Netzabdeckung in allen kommunalen Verwaltungen.

Dank planvoller und individueller WLAN-Ausleuchtung haben kommunale Ratsmitglieder und Gäste jederzeit und an jedem Ort Netzzugriff mit ihren mobilen Geräten. Innovative Technologien erkennen und umgehen automatisch Störquellen, wie zum Beispiel fremde WLANs oder Mikrowellen-Geräte. Die selbstheilende sogenannte Mesh-Technologie sorgt für Redundanz und Lastverteilung. Und erweiterte Authentifizierungsmöglichkeiten und Firewall-Funktionen direkt am Access-Point sorgen dafür, dass alle Daten sicher sind. Mit dem WLAN-Service-Portal können die Verantwortlichen der Kommune ihren Sitzungsgliedern jederzeit WLAN-Tickets für die gesamte Legislaturperiode beziehungsweise WLAN-Tagestickets für Gäste ausstellen. Interessenten haben die Möglichkeit, auf www.livingdata.de/wlanconnect weitere Informationen über die Enterprise-WLAN-Lösung von LivingData zu erhalten.

Betriebliches Eingliederungsmanagement mit OK.PWS

Belastbare und motivierte Mitarbeiter sind maßgeblich dafür verantwortlich, dass Verwaltungen und öffentliche Unternehmen als kompetente Dienstleister wahrgenommen werden. Auch im eigenen Interesse sollten Arbeitgeber vor dem Hintergrund einer alternden Belegschaft die Gesundheit ihrer Beschäftigten fördern.



Diese Mitverantwortung des Arbeitgebers hat der Gesetzgeber als Element des Gesundheits- und Arbeitsschutzes mit dem »Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM)« festgelegt. Der § 84 Abs. 2 SGB IX verpflichtet demnach die Arbeitgeber dazu, alle Möglichkeiten zu nutzen, die Arbeitsunfähigkeit von Mitarbeitern zu beenden bzw. diese gar nicht erst eintreten zu lassen. Dazu gibt es aber in der Praxis viele Fragen: Was bedeutet BEM konkret? Wer ist zu beteiligen? Was muss im Unternehmen konkret passieren?

Mit der Personalmanagement-Software OK.PWS unterstützt die AKDB Arbeitgeber bei der Umsetzung. Dafür muss der Arbeitgeber fünf einzelne Punkte beachten, bei denen OK.PWS ihm Auswertungen liefert und effektive Hilfestellungen leistet:

1. Überprüfung, ob im Einzelfall die Voraussetzungen, die einen BEM-Prozess gemäß § 84 SGB IX auslösen, gegeben sind (Dauer der Arbeitsunfähigkeitszeiten bezogen auf die letzten zwölf Monate)

■ In OK.PWS können Berichte über die relevanten Fehlzeiten erstellt werden, um festzustellen, für welche Beschäftigten die Voraussetzungen erfüllt sind.

■ Zusätzlich prüft OK.PWS, ob bei den betroffenen Personen eine Schwerbehinderung vorliegt.

2. Start des BEM-Verfahrens durch eine erste Kontaktaufnahme mit dem Beschäftigten

■ Die Kontaktaufnahme kann persönlich im Betrieb, telefonisch oder schriftlich erfolgen. Ein entsprechendes Informationsschreiben kann als Vorlage zum Beispiel in die Fachanwendung Personalentwicklung oder Fachanwendung

Auszug aus § 84 Abs. 2 SGB IX Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)

(2) Sind Beschäftigte innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig, klärt der Arbeitgeber mit der zuständigen Interessenvertretung im Sinne des § 93, bei schwerbehinderten Menschen außerdem mit der Schwerbehindertenvertretung, mit Zustimmung und Beteiligung der betroffenen Person die Möglichkeiten, wie die Arbeitsunfähigkeit möglichst überwunden werden und mit welchen Leistungen oder Hilfen erneuter Arbeitsunfähigkeit vorgebeugt und der Arbeitsplatz erhalten werden kann (betriebliches Eingliederungsmanagement). Soweit erforderlich wird der Werks- oder Betriebsarzt hinzugezogen. Die betroffene Person oder ihr gesetzlicher Vertreter ist zuvor auf die Ziele des betrieblichen Eingliederungsmanage-

ments sowie auf Art und Umfang der hierfür erhobenen und verwendeten Daten hinzuweisen. Kommen Leistungen zur Teilhabe oder begleitende Hilfen im Arbeitsleben in Betracht, werden vom Arbeitgeber die örtlichen gemeinsamen Servicestellen oder bei schwerbehinderten Beschäftigten das Integrationsamt hinzugezogen. Diese wirken darauf hin, dass die erforderlichen Leistungen oder Hilfen unverzüglich beantragt und innerhalb der Frist des § 14 Abs. 2 Satz 2 erbracht werden. Die zuständige Interessenvertretung im Sinne des § 93, bei schwerbehinderten Menschen außerdem die Schwerbehindertenvertretung, können die Klärung verlangen. Sie wachen darüber, dass der Arbeitgeber die ihm nach dieser Vorschrift obliegenden Verpflichtungen erfüllt.

Verwaltung eingebunden werden. Zudem kann OK.PWS die vereinbarten Maßnahmen und die Prozessbeteiligten in der Fachanwendung Personalentwicklung dokumentieren.

3. Steuerung und Dokumentation des gesamten BEM-Ablaufes

■ OK.PWS erstellt die notwendigen Formulare (Dokumentenvorlagen für Einverständniserklärung, Rückantwortbogen, Erklärung zum Datenschutz, Maßnahmenblatt etc.).

■ OK.PWS dokumentiert und wertet einzelne Maßnahmen aus, mit Angabe der Beteiligten, zum Beispiel des Integrationsteams, des Schwerbehindertenvertreters und des Betriebsarztes. Dies erfolgt in den Fachanwendungen Verwaltung und Personalentwicklung.

4. Aufbewahrung der sensiblen Unterlagen über den Gesundheitszustand ge-

trennt von der Personalakte und Schutz vor unberechtigtem Zugriff

■ Grundinformationen dürfen in der Personalakte abgelegt werden, zum Beispiel Durchschrift des Erstscheibens, Zustimmung oder Ablehnung, Datenschutzerklärung sowie Abschlussbericht. Alle weiteren Informationen, die im Zusammenhang mit dem BEM erfasst werden, müssen getrennt von der Personalakte aufbewahrt und drei Jahre nach Abschluss der Maßnahme vernichtet werden. Dazu kann die elektronische Akte in OK.PWS mit eigenem Ordner »BEM« und Angabe eines Verfalldatums beim Ablegen des Dokuments genutzt werden.

5. Ermittlung und Vorlage eventuell benötigter Kennzahlen

■ Mittels Berichtsgenerator können die hinterlegten Informationen einfach aufbereitet und ausgewertet werden. Dadurch entstehen zum Beispiel Berichte

und Kennzahlen zu folgenden Sachverhalten: Entwicklung der Fehlzeiten generell, Teilnahmequote am Betrieblichen Eingliederungsmanagement, Altersstruktur, Fortbildungsmaßnahmen sowie Kosten für personellen Ersatz.

Mehr Zufriedenheit und Motivation

Die AKDB-Personalmanagement-Software OK.PWS unterstützt die Kunden optimal dabei, den BEM-Prozess zu strukturieren und zu dokumentieren und dabei stets den Überblick zu behalten. Entscheidend für den Erfolg des betrieblichen Eingliederungsmanagements sind jedoch die konkreten Maßnahmen, die von den Verantwortlichen hinsichtlich Prävention, Gesundheitsförderung und Rehabilitation ergriffen werden. Dies stellt die Arbeitsfähigkeit der Mitarbeiter wieder her beziehungsweise erhält sie und steigert letztlich deren Arbeitszufriedenheit und -motivation.

Mit elektronischen Workflows in die Zukunft

Die Verwaltungen Niederbayerns zeigen sich traditionell fortschrittlich. Das beweist unter anderem der erfolgreiche Einsatz bei den Verwaltungen der Städte Plattling und Osterhofen im Landkreis Deggendorf. Die Finanzverwaltungen beider Gäuboden-Städte unterschreiben Anordnungen nur noch elektronisch. Damit entfällt Drucken und Ablegen in Papierarchiven, die viel Geld und Platz kosten. Eingehende Papierrechnungen kommen sofort nach Posteingang in den Scanner, elektronische Rechnungen werden nicht mehr ausgedruckt. Verantwortlich für diese spürbar papierärmere Welt sind unsere Gesprächspartner, die Kämmerer Harald Kappl aus Plattling und Bernhard Thaller aus Osterhofen.

Herr Thaller, Herr Kappl, die Arbeit mit den webbasierten Workflows der AKDB ist in Ihren Häusern inzwischen Routine. Wie lief die Einführung des Signaturworkflows AOW und des elektronischen Rechnungseingangsbuches eREB?

Thaller: In Osterhofen haben wir beide Workflows gleichzeitig in allen Ämtern eingeführt. Der Super-GAU könnte man meinen – aber weit gefehlt. Es hat zwar nicht an allen Arbeitsplätzen alles auf Anhieb gepasst: Diese Möglichkeit hatten wir aber einkalkuliert. Die Mitarbeiter waren schon längere Zeit vorher auf die neue Technik eingestimmt, sodass im Oktober 2012 der Boden bereitet war. Rückblickend zeigt die Workflow-Einführung die klassische Stimmungskurve eines Projektes: Nach anfänglicher Euphorie tritt eine gewisse Ernüchterung ein, die letztendlich in Zufriedenheit mit dem Erreichten mündet.

Kappl: Wir starteten zum Jahresbeginn 2013 mit dem Bauhof. Mein Bauhofleiter stand der Sache sehr positiv gegenüber und war mit einem Drittel aller Rechnungen der denkbar beste Pionier. Die Käm-

meri war naturgemäß auch von Anfang an eingebunden. Inzwischen fehlt nur noch das technische Bauamt. Die Außenstellen werden angebunden, sobald unser stadteigenes Glasfasernetz komplett ausgebaut ist. Zum Funktionsumfang gehörten bei uns in Plattling ebenfalls von Anfang an Signaturworkflow und elektronisches Rechnungseingangsbuch.

Wie sah Ihr Projektteam aus?

Kappl: Die fachliche Projektleitung lag bei meiner Stellvertreterin Frau Engl. Unsere chronisch unterbesetzte EDV hat mit Unterstützung der Living-Data den technischen Bereich abgedeckt. Als Pilotkunden hat uns bei Fragen und Problemen auch direkt die AKDB-Zentrale beraten.

Thaller: Als Kämmerer und Initiator des Projektes übernahm ich die Koordinierung. Die fachlich-administrativen Aufgaben waren somit verteilt. Unser Systemadministrator und sein Stellvertreter übernahmen die technische Installation und die Beschaffung zusätzlicher Hardware, wie Signaturkartenleser und

Scanner.

Nicht vergessen darf ich an dieser Stelle unsere Bürgermeisterin Liane Sedlmeier, die das Projekt enthusiastisch begleitete.

Gab es Hindernisse bei der Einführung oder Widerstände gegen die Workflows?

Kappl: Ich würde eher von Skepsis sprechen. Aufgaben wurden neu organisiert. Wenn auf einer Seite Entlastung eintritt, so wird anderswo Zusatzaufwand entstehen. An dieser Stelle ist es gut, wenn die Vorteile schnell sichtbar werden. Der Rechnungslauf ist erheblich beschleunigt; Skonto geht nicht mehr verloren. Und ganz wichtig: Auf einen Blick sehe ich, wo gerade welche Rechnung in Bearbeitung ist.

Thaller: Seit wir 2010 die elektronische Archivierung der Anordnungen und Belege einführen, wird zentral in der





Im Bild v.l.n.r.: Kämmerer Harald Kappl aus Plattling, Osterhofens Bürgermeisterin Liane Sedlmeier und Kämmerer Bernhard Thaller aus Osterhofen

Kasse verscannt. So war hier keine neue Aufgabenverteilung nötig. Wir haben, auch aufgrund der flächendeckenden Einführung der Workflows, sehr schnell die vom Kollegen Kappl genannten Verbesserungen wahrgenommen. Ergänzend möchte ich den gesundheitlichen Aspekt erwähnen: Da der Druck von Anordnungen entfällt, ist auch die Feinstaubbelastung aus Laserdruckern in den einzelnen Büros kein Thema mehr.

Wie haben Sie die Mitarbeiter ins Boot geholt? Wie sehr hat Ihnen die Rücken- deckung aus der obersten Führungs- etage geholfen?

Thaller: Vor Projektstart haben wir mit der Aussicht auf Erleichterungen geworben. Und als wir alle im Workflow-Boot saßen, haben die schnell wirkenden Verbesserungen die Stimmungssegele straff gehalten. Selbst die Rechnungsprüfung ist begeistert, weil Belege über Stich- wortsuche einfacher zu finden sind.

Kappl: Den Anfang mit dem Bauhof zu machen erwies sich als nahezu genialer Schachzug. Aufgrund der räumlichen Distanz zum Rathaus waren ohne eREB täglich weite Wege zu erledigen – das war mit einem Schlag vorbei. Ein weiterer Erfolgsfaktor: Ein Praktiker hat hier den Verwaltungsfachleuten vorgemacht, wie es einfacher gehen kann. Unser Erster Bürgermeister Erich Schmid hat dies alles wohlwollend begleitet.

Inzwischen sind die elektronischen Helfer AOW und eREB wie selbstver- ständlich in Ihren Verwaltungen etab- liert. Gibt es rückblickend ein paar Tipps, die Sie selber gern vorher nach- gelesen hätten?

Kappl: Wir würden im Prinzip alles ge- nauso machen, wie gerade passiert. Das Projekt sollte auf jeden Fall frühzeitig an- gekündigt werden. Und ein Hinweis sei erlaubt: Die EDV sollte gut besetzt sein.

Thaller: Die Workflows sind bei uns längst Routine geworden. Es ist fast schon nicht mehr vorstellbar, wie das mal ohne funktioniert hat. Zwei Dinge kann ich weiteren Interessenten aus Erfahrung

mitgeben: Achten Sie auf eine homo- gene Hardwareausstattung an den be- troffenen Arbeitsplätzen und stimmen Sie vorher den Personaleinsatz aller Pro- jektbeteiligten verbindlich ab.

In eigener Sache: Ist es der AKDB als Lieferant der elektronischen Work- flows und als Dienstleister gelungen, Sie zufriedenzustellen?

Thaller: In diesem Projekt haben wir die AKDB wieder mal als einen engagierten Partner erleben können, der bei Fragen und Problemen kurzfristig ansprechbar ist. Zwar konnte nicht immer sofort eine Lösung für Anforderungen und Fragen realisiert werden, aber unsere Mel- dungen wurden aufgenommen und disku- tiert.

Kappl: Da wir die Workflows als Pilot- anwender einführten, war uns natürlich bewusst, dass Schwierigkeiten auftreten können, die bei einem späteren Einstieg erledigt sind. Allerdings muss auch ich wie mein Kollege aus Osterhofen fest- stellen, dass immer ein Gesprächspartner bereitstand und geholfen hat. Rundum ein sehr guter Service.



Zwei Ausbildungen, ein Beruf: Rosalie Hofbauer, 22, Kauffrau für Bürokommunikation in der Geschäftsstelle Landshut, hatte vor ihrer im Sommer 2013 bei der AKDB abgeschlossenen Ausbildung bereits das Diplom als Fremdsprachenkorrespondentin in der Tasche. Die AKDB ist ein beliebtes Ausbildungsunternehmen und will jungen, motivierten Menschen Perspektiven bieten. Interview-Termin in München, Rosalie Hofbauer überrascht die Redaktion mit einem niederbayerischen Dialekt, der zunächst nicht unbedingt zu ihrem Äußeren passen will. Ein Gespräch über Teamarbeit, über Auszeiten und über Fernreisen auf die Philippinen.

Interview mit Rosalie Hofbauer, Kundenservice Versorgungsunternehmen

»Man lernt nie aus!«

Grüß Gott, Frau Hofbauer. Dürfen wir Sie erst einmal fragen, woher Sie stammen?

Ich bin im niederbayerischen Vilsbiburg geboren, ich wohne immer noch in der Nähe auf dem Land. Dort fühle ich mich wohl, die Großstadt wäre nichts für mich. Aber meine Mutter stammt ursprünglich von den Philippinen.

Was genau machen Sie bei der AKDB?

Seit Ausbildungsende bin ich im Kundenservice für Versorgungsunternehmen tätig. Dort betreue ich Kunden aus dem gesamten Bundesgebiet, die mit der Software CS.Schleupen im Rechnungswesen arbeiten. Gibt es Probleme mit der Anwendung, sorgen wir dafür, dass unsere Kunden unbeschwert weiterarbei-

ten können. Außerdem bieten wir Schulungen an. Der Umgang mit der Software ist sehr anspruchsvoll, macht die Arbeit aber auch entsprechend abwechslungsreich und interessant.

Vielseitig wie Sie sind, haben Sie auch Ihre Medienkompetenz beim Bayerischen Schülerleistungsschreiben unter Beweis gestellt...

Das ging vom Bayerischen Stenografenverband aus, wir sollten möglichst wenig Fehler bei möglichst vielen Anschlägen machen. Naja, ich hatte null Fehler und bin für diese »hervorragende Leistung« ausgezeichnet worden. Es gab eine Feier in Essenbach und als Preis einen Büchergutschein.

Fühlen Sie sich bei der AKDB wohl?

Ja, passt alles! Die Arbeit im Team macht richtig Spaß, lauter nette Leute. Auch meine Vorgesetzten sind total verständnisvoll. Nach Ende der Ausbildung wollte ich nämlich zwei Monate Auszeit haben. Ich bin also zu meinem Bereichsleiter und habe gefragt, ob ich auch erst im September »richtig« anfangen könnte. Zunächst war er etwas irritiert, aber als ich erklärte, dass ich meine Verwandtschaft auf den Philippinen endlich besuchen wollte, war er damit einverstanden, dass ich meine neue Tätigkeit erst zwei Monate später antrat. Es war übrigens genau die richtige Entscheidung: Wenige Wochen, nachdem ich zum ersten Mal meine kranke philippinische Großmutter gesehen hatte, ist sie leider gestorben.

Bleibt Ihnen noch Zeit für Hobbies?

In der Freizeit bin ich viel draußen, zum Inline-Skaten und Fahrradfahren. Von meinem Freund habe ich Snowboarden gelernt. Das war, wie meine jetzige Tätigkeit, eine Herausforderung für mich. Aber ich sag' ja, man lernt nie aus...

Lesen Sie in der nächsten Report-Ausgabe unter anderem ...

... über das Bürgerkonto als Infrastrukturkomponente für Kommunen.



Eines der zentralen Elemente bei der Digitalisierung Bayerns ist das Bürgerkonto, das bei Nutzung digitaler Verwaltungsangebote eine sichere Authentifizierung ermöglicht und das im Bürgerservice-Portal schon von über 200 Kommunen eingesetzt wird.

... über Datenschutz und Bürgernähe.



Auch Kommunen werden immer wieder Ziel von Internet-Attacken. Deshalb müssen Kommunen beim Thema Datenschutz und Datensicherheit am Ball bleiben – trotz oder gerade wegen steigender Erwartungen der Bürger und begrenzter finanzieller Mittel.

... ein Interview mit einem neu gewählten Bürgermeister.



Die AKDB führt ein Interview mit einem frisch gewählten Bürgermeister einer bayerischen Kommune und spricht mit ihm über Erwartungen und Realitäten nach den ersten 100 Tagen im Amt, über Bürgerwünsche, eGovernment und eine schlanke Verwaltung.

Impressum

AKDB REPORT | Magazin für Kommunen
27. Jahrgang, Heft 02 | 2014

Inhaber und Verleger

AKDB · Anstalt des öffentlichen Rechts
Hansastraße 12–16, 80686 München
Telefon: +49 89 59 03-0
Telefax: +49 89 59 03-18 45
E-Mail: presse@akdb.de, www.akdb.de

Herausgeber

Alexander Schroth
Geschäftsführender Direktor
Telefon: +49 89 59 03-18 24
E-Mail: alexander.schroth@akdb.de

Redaktion

Hans-Peter Mayer (verantw.)
Telefon: +49 89 59 03-15 32
E-Mail: hans-peter.mayer@akdb.de

Wolfram Weisse
Telefon: +49 89 59 03-15 16
E-Mail: wolfram.weisse@akdb.de

Andreas Huber
Telefon: +49 89 59 03-12 94
E-Mail: andreas.huber@akdb.de

Susanne Schuster
Telefon: +49 89 59 03-18 91
E-Mail: susanne.schuster@akdb.de

Konzept, Design


HOCH 3 GmbH · München

Bezugspreis

Bei Einzelbezug 7,50 EUR.
Für Kunden der AKDB ist der Bezug kostenlos.
Nachdruck nur mit Genehmigung der AKDB.
© 2014 AKDB

Fotonachweise:

Kerstin Groh: Seite 2
fotolia © Ingo Bartsussek: Seite 3 unten
fotolia © elaxed.com: Seite 4 oben
fotolia © drubig-photo; ZBFS-BLJA: S. 5 unten
fotolia © Rido: Seite 7 oben
fotolia © stockWERK: Seite 8 u. Seite 9 oben
fotolia © Robert Kneschke: Seite 10 unten
fotolia © M.studio: Seite 10/11 unten
fotolia © psdesign1: Titel und Seite 16
fotolia © Denys Prykhodov: Titel und Seite 18
fotolia © greyj: Seite 18 oben
iStockphoto © deepblue4you: Seite 19
fotolia © tovovan: Seite 20/21 oben
fotolia © Sergey Nivens: Seite 22
© Bundesministerium des Innern
[wikipedia.org]: Seite 22
Landratsamt Fürth: Seite 24 und 25 oben
fotolia © Antonioguilem: Seite 26
fotolia © Nikita Kuzmenkov, © Spectral-Design,
© ekostsov: Seiten 28 und 29
fotolia © psdesign1, © DOC RABE Media: S. 31
sowie AKDB



... überall blüht es,
überall singt es,
irgendwo summt es,
Vorsicht, dort brummt es,
seht diese Farben,
die uns erlaben,
oh dieser Blütenrausch
im bunten Schlagabtausch,
so viele Lieder
von Rosen und Flieder,
Natur feiert Feste,
... Mai ist der Beste!

Wolfgang Seekamp